

ÄNDERUNGSANTRAG

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
- Drucksache 6/4896 -

zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und SPD
- Drucksache 6/4590 -

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Vergabegesetzes
Mecklenburg-Vorpommern

Der Landtag möge beschließen:

Artikel 1 wird wie folgt geändert:

1. Ziffer 1 wird gestrichen.
2. Ziffern 2 bis 9 werden zu Ziffern 1 bis 8.

Jürgen Suhr und Fraktion

Begründung:

Nach Artikel 1 Ziffer 1 des Gesetzesentwurfes von CDU und SPD soll § 1 Absatz 3 des Vergabegesetzes wie folgt gefasst werden: „Dieses Gesetz gilt für Bauleistungen ab einem Wert von mehr als 50.000 Euro, für Liefer- und Dienstleistungen ab einem Wert von mehr als 10.000 Euro.“ Ziel des Antrages ist es, bei der alten Fassung zu bleiben. Durch die vorgesehenen Schwellenwerte wird künftig ein großer Teil der Bauleistungen sowie Liefer- und Dienstleistungen von der Geltung des Vergabegesetzes ausgenommen. Nach den Beratungen in den Ausschüssen ist nicht davon auszugehen, dass der bürokratische Aufwand durch die Einführung von Schwellenwerten wesentlich reduziert wird. Durch die Geltung einschlägiger Vergaberegeln wird Transparenz, Öffentlichkeit und vor allem Überprüfbarkeit bei der öffentlichen Auftragsvergabe sichergestellt.